

DIE LINKE

ZEITUNG FÜR NRW

4. Ausgabe | Oktober 2011 | www.dielinke-nrw.de



Mit Beilage der Fraktion DIE LINKE im Landtag Nordrhein-Westfalen



Alles im Griff ...

(auf dem sinkenden Schiff)

Als 2008 das Finanz- und Bankensystem in lichterhohen Flammen stand und sogar konservative Regierungspolitiker sich mit Forderungen übertrumpften, den Banken und Zockern das Handwerk zu legen, glaubten manche an die Ernsthaftigkeit dieser Vorschläge. Doch diese entpuppten sich als bloße Beruhigungspillen für die Bevölkerung.

Statt die Finanzmärkte auszutrocknen und die Verursacher des Desasters zur Kasse zu bitten, hat sich die Bundesregierung einmal mehr als Geldeintreiber für die Finanzhaie erwiesen. Rund 335 Milliarden Euro kostete allein der letzte Finanzcrash den Steuerzahler in Deutschland. Im Zuge der Euro-Krise sollen nun abermals hunderte Milliarden Euro in ein Finanzsystem fließen, das sich längst als marode und überholt erwiesen hat. Der neu aufgelegte europäische Rettungsschirm wird die bedrohliche Lage in der Europäischen Union nicht lösen können. Er muss scheitern, weil die von der Troika aus EU, Europäischer Zentralbank und IWF verordnete brutale Kürzungspolitik die Volkswirtschaften der südlichen EU-Staaten noch tiefer in den Ruin treiben wird. Dort sollen die Staatsfinanzen dadurch saniert werden, dass Hungerlöhne gezahlt, öffentliches Eigentum an private Renditejäger verschertelt und letzte Grundfesten des Sozialsystems zerfleddert werden. Was in diesen Staaten unter dem Diktat der Finanzbranche geschieht, könnte morgen auch Deutschland ereilen. Der europäische Rettungsschirm hilft weder Europa, noch den betroffenen Ländern, noch den Menschen hierzulande, er ist vielmehr ein Rettungsschirm für Banken und Finanzjongleure. Umso mehr ist Solidarität mit den großen Protestdemonstrationen und den

streikenden Beschäftigten in Griechenland, Italien und anderswo nötig, die sich gegen die Kürzungspakete wehren. Wer die nächste Wirtschafts- und Finanzkatastrophe, die ungleich größer werden könnte als die letzte, wirklich verhindern will, wer nicht möchte, dass erneut Millionen Arbeitsplätze vernichtet und soziale Leistungen gestrichen werden, der muss an die Wurzeln der Krise gehen. Diese liegen in den unerträglichen Verteilungskontrasten, die ein wildgewordener Kapitalismus produziert, und in dem seit Jahrzehnten wuchernden und unkontrollierten Finanzsektor, der es privaten Großbanken und reichen Finanztycoons möglich macht, rücksichtslos mit dem Lebensschicksal von Millionen Menschen zu spielen. Dass der Finanzsektor so gigantisch gewachsen ist, hat mit der extrem ungleichen Vermögensverteilung zu tun. Allein in Deutschland stiegen die privaten Geldvermögen 2010 auf fast fünf Billionen Euro an, von denen sich zwei Drittel in den Händen von nur zehn Prozent der Bevölkerung konzentrieren. In Zeiten riesiger Schuldenberge und schwerster Wirtschaftskrisen türmen sich einerseits die Vermögen einer kleinen Minderheit von Multimillionären und Milliarden immer höher, während andererseits ein Kürzungspaket das nächste jagt. DIE LINKE ist dagegen, dass die Krisenlasten auf die Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentner abgewälzt werden, die kaum noch Geld im Portemonnaie haben. Wir fordern stattdessen, dass diejenigen kräftig zur Kasse gebeten werden, die die Krise verursacht haben: die Spekulanten, Vermögenden und Banken. Und wir wollen, dass das Finanzcasino, welches Milliarden verzockt hat, endlich geschlossen und durch eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ersetzt wird! *Sahra Wagenknecht*

Afghanistan Schwerpunkt im Innenteil

10 Jahre Krieg in Afghanistan

2001

2011

Proteste gegen Afghanistan-Konferenz

DIE LINKE ruft ihre Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten auf, sich an den Protesten gegen die Afghanistan-Konferenz der Bundesregierung zu beteiligen.

- 1. September 2011 Internationaler Weltfriedenstag
- 7. und 8. Oktober 2011 bundesweiter Aktionstag in verschiedenen Städten
- 3. Dezember 2011 Demonstration in Bonn ab 11.30 Uhr Kaiserplatz
- 4. Dezember 2011 Alternativ-Gipfel in Bonn

DIE LINKE.

www.die-linke.de/afghanistan

Kein Castor durch NRW

So als wäre nichts gewesen, soll im November wieder hochradioaktiver Müll nach Gorleben gebracht werden. Auf nach Gorleben! Atomausstieg bleibt Handarbeit!

ICH BLOCKIERE DEN CASTOR! Du auch? Klausurmalerei

Seite 7

Roland Geisheimer/alternatives

NRW VOR EINEM HERBST DER ENTSCHEIDUNG- WIR SIND BEREIT

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie halten die zweite Ausgabe der Linken Zeitung NRW in Händen. NRW geht spannenden Zeiten entgegen. Die Koalition aus SPD und Grünen in NRW steht vor einem »Herbst der Entscheidung«: Bald wird für die Öffentlichkeit sichtbar werden, dass ihre Maßnahmen unzureichend sind. Dreimal hatte die Minderheitsregierung die Chance, sich für einen deutlichen Politikwechsel zu entscheiden. Die Mehrheiten sind da, doch SPD und Grüne verharren im Stückwerk und Halbherzigkeiten.

Seit klar ist, dass DIE LINKE als Mehrheitsbeschafferin nicht zur Verfügung steht, wir nicht nur von einem Politikwechsel sprechen, sondern auch meinen, wurde aus der Einladung der Landesregierung an alle Fraktionen ein exklusives Angebot an die CDU. Während für ein NRW-Sozialticket und die Kindertagesstätten nur Kleinstbeträge zur Verfügung gestellt werden, einigten sich SPD und Grüne mit der CDU auf ein Milliarden teures Abwicklungspaket für die West LB und den sogenannten »Schulkonsens«. Erinnerungen an das Scheinsondierungsgespräch kurz nach der

Landtagswahl im Mai 2010 werden wach: Ministerpräsidentin Kraft will ein »Effizienzteam« nach Chancen für Einsparungen im Landeshaushalt fahnden lassen und die SPD kündigt für den Landeshaushalt 2012 »keine Tabus« bei den Einsparungen und Einschnitte beim Landespersonal an. Neuerdings bekennt sich Finanzminister Walter-Borjans ausdrücklich zur Einhaltung der neoliberalen »Schuldenbremse«. Sie dient ihm als Vorwand, um politisch nicht mehrheitsfähige Sozialkürzungen und Stellenabbau zu rechtfertigen. SPD und Grüne lassen mit diesen klaren Wahlkampfansagen die Katze aus dem Sack. Sie wollen eine breite Koalition der vermeintlichen Mitte. Erst mit Neuwahlen 2012 in NRW und dann 2013 im Bund. Für

die Menschen in NRW und dann auch im Bund bedeutet das: Sozial-, Demokratie-, Bildungs- und Arbeitsplatzabbau. Für DIE LINKE hingegen gilt: NRW braucht zusätzliche Investitionen in gesellschaftlich dringliche Belange sowie mehr Personal insbesondere im Bildungsbereich. Wir fordern ein landesweites Sozialticket sowie höhere Zuweisungen für die Kommunen. SPD und Grüne in NRW haben jetzt noch die Chance für einen sozial-ökologischen Politikwechsel. DIE LINKE lehnt einen als »Konsolidierung« verkauften Sozialabbau und einen Sparhaushalt mit Personalabbau ab! Wir sind bereit. Viel Spaß bei der Lektüre wünscht

Hubertus Zdebel

Gemeinsam geht es besser!

Zusammenarbeit von Kreisverbänden in OstWestfalenLippe

Wie groß unser Flächenland NRW ist, wissen wir Ostwestfalen immer dann, wenn wir uns auf den Weg nach Düsseldorf machen. Da sind für die ca. 240 Km aus Petershagen oder Höxter schon mal in eine Richtung 3 Stunden Bahnfahrt nötig.

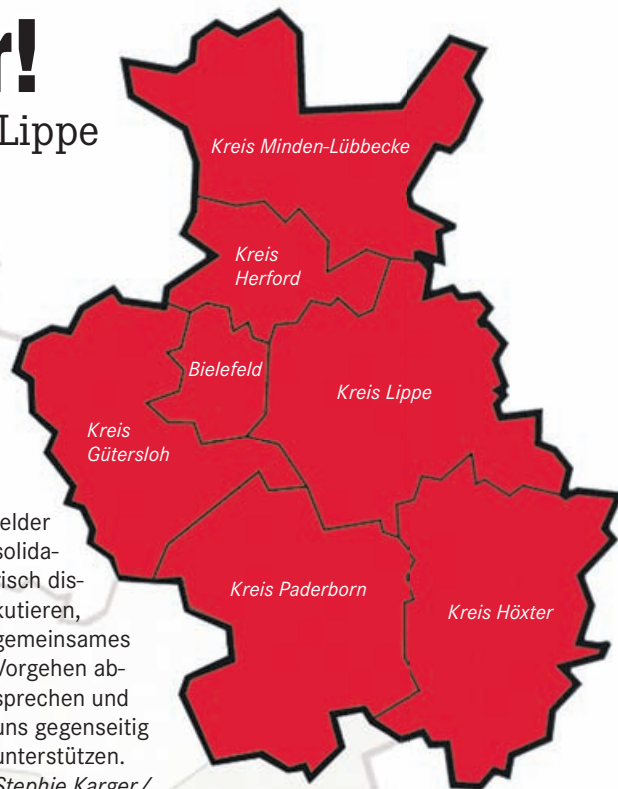
Die 7 Kreise Minden/Lübbecke, Herford, Lippe, Bielefeld, Paderborn, Höxter und Gütersloh sind bekannt als Gesundheitsregion OWL und haben darüber hinaus inhaltlich einige Gemeinsamkeiten, so wie jetzt die Konversion zum Truppenabzug der Englischen Streitkräfte, oder den Kampf gegen einen Truppenübungsplatz und für einen Nationalpark Senne. Auch kommunalpolitische Themen und unsere Vertretung im Landschaftsverband Westfalen-Lippe haben in unserer ländlichen Region Schnittpunkte. Die ersten Treffen fanden seit 2005 in Bielefeld und Herford statt. Inge Höger als regionale Abgeordnete stellte dafür ihre Büros zur Verfügung. Inzwischen verabreden wir uns, in der Regel einmal im Quartal, in den Büros/Geschäftsstellen der teilnehmenden Kreise.

Über einen OWL Emailverteiler halten wir den Kontakt. Es handelt sich ausdrücklich nicht um ein Beschlussgremium. Jeder Kreisverband ist gleichberechtigt. Hier wurde ein Ort zum Austausch für die SprecherInnen der Kreise geschaffen. Diese erfolgreichen regionalen Zusammenkünfte wollen wir nun auch auf der

Ebene der Mandatsträger- und Trägerinnen in den Kreisen und Kommunen ausbauen, um auch hier OWL weit abgestimmte Themenfelder zu besetzen. Ein erster Vorstoß zum Komplex »Bundeswehr raus aus den Schulen« ist schon sehr erfolgreich angefallen. Unterstützt werden wir in OWL von Inge Höger MdB aus dem Kreis Herford, die sich schon immer als Abgeordnete für unsere Region stark gemacht hat. Die Zusammenarbeit ist konkret. Am ersten Septemberwochenende trafen sich die Kreissprecher_innen und interessierte Genossen_innen, um die örtlichen Debatten

zur Programmdiskussion zusammenzutragen und unseren Parteitage delegierten mit auf den Weg zu geben. Außerdem nutzen wir diese Gelegenheit, gemeinsame Aktionen abzusprechen: zum autofreien Sonntag am 25. September auf der B 61 zwischen Herford und Bielefeld, die wir für einen gegenseitigen Besuch der Kreisorganisationen per Fahrrad nutzen wollen; für Verabredungen zu einer gemeinsamen Position zum Flughafen Paderborn oder für die Bewerbung von Veranstaltungen, die von den verschiedenen Kreisverbänden durchgeführt werden. Hier ist ein Raum entstanden, in dem wir regionale Politik-

felder solidarisch diskutieren, gemeinsames Vorgehen absprechen und uns gegenseitig unterstützen. *Stephie Karger/ Barbara Schmidt*



Vor zwei Jahren nutzten der Bielefelder Kreisverband den autofreien Sonntag auf der B 61, um den Nachbar KV zu besuchen. Auch für den diesjährigen fahradfreien Sonntag haben wir gegenseitige öffentlichkeitswirksame Fahrradbesuche geplant.

Das Geheimnis der Zeit

Als LINKE fordern wir den demokratischen Sozialismus. Wir fordern, dass das Land denen gehören soll, die es bestellen, die Maschinen sollen denen gehören, die sie bedienen. Wir stellen die Eigentumsfrage. Aber wem gehört eigentlich unsere Zeit?

Wenn wir uns historisch die Geschichte der Entwicklung der Produktivkräfte anschauen, dann wird deutlich, dass es möglich war, mit immer weniger Kräfteinsatz mehr zu produzieren. Die Arbeitsteilung war es, die uns diese Ent-

wicklung ermöglicht hat. Dabei können wir vier große Arbeitsteilungen beobachten. Es entwickelte sich der männliche Industriearbeiter, der in der Fabrik schuftete, während seine Frau zuhause wusch, backte, putzte und die Kinder erzog. Die Arbeit teilte sich in Industriearbeit in den Städten und jene, die auf dem Land verrichtet wurde. Die Arbeiterinnen und Arbeiter leisteten vorwiegend körperliche Arbeit, während das Bildungsbürgertum sich den geistigen Tätigkeiten widmete. Und schließlich beobachten wir zunehmend die Spaltung in diejenigen, die arbeiten, und diejenigen, die nicht arbeiten

müssen, sogar andere für sich arbeiten lassen. Auf der Verknüpfung dieser Teilungen der Arbeit gediehen Kapitalismus und Patriarchat. Auf deren Überwindung orientiert die 4in1-Perspektive. Sie geht vom Grundsatz aus, dass jeglicher gesellschaftlich notwendiger Bereich seine Zeit braucht. Im Leben aller Menschen, ob Frauen oder Männer, sollte genügend Zeit sein für die vier

wichtigen Tätigkeitsfelder, die jedes Leben und die Gesellschaft bereichern: Erwerbsarbeit, Sorge um Familie und Freunde, politisches und gesellschaftliches Engagement sowie Kultur und Muße für die eigene Entwicklung. 4in1 setzt also bei der Verfügung über Zeit als Grundlage aller Herrschaft an. Sie beginnt mit einer radikalen Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, eine Forderung, die zugleich die dadurch frei werdende Zeit für die drei anderen Tätigkeitsfelder frei gibt. Gleichzeitig müssen wir dabei besichtigen, welche gesellschaft-

lich notwendigen Arbeiten es eigentlich gibt und ob sie bereits als solche erkannt wurden. Das schließt den Bereich der Pflege und Erziehung genau so ein wie die noch wenig berücksichtigten Bereiche der Ökologie. Zeitwohlstand für alle ist nur möglich, wenn alle gesellschaftlich notwendigen Arbeiten auch auf alle gerecht verteilt werden. Diese Perspektive ist die Antwort auf die jahrtausendelange Unterdrückung der Frauen, auf die Herrschaft über die Arbeit anderer und damit auf die Verfügung über die Zeit. Sie ist vor allem eine Politik um Zeit. *Pamela Strutz*

»Es gibt ein großes und doch ganz alltägliches Geheimnis. Alle Menschen haben daran teil, jeder kennt es, aber die wenigsten denken je darüber nach. Die meisten Leute nehmen es einfach so hin und wundern sich kein bisschen darüber. Dieses Geheimnis ist die Zeit.« (Momo, 1973)

Gesunde Krankenhausfinanzierung sichern!

15 Prozent weniger Krankenhäuser mit 17 Prozent mehr PatientInnen, das ist die Entwicklung der letzten 20 Jahre. Nur durch rasant kurze Krankenhausverweildauer und enorme Arbeitsverdichtung ist eine Patientenversorgung noch möglich.

Zudem ist das Land NRW seit langem Schlusslicht bei der gesetzlich vorge-

schriebenen Finanzierung der Investitionskosten. Bei einer Unterfinanzierung von 15 Milliarden Euro sind 3,75 Millionen Euro des Sonderfonds der neuen Landesregierung nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Krankenhäuser sind gezwungen, Investitionen und mehr Personal aus Mitteln für die medizinische Krankenversorgung zu erwirtschaften. Abbau des nicht-ärztlichen

Personals, Ausgliederung nichtmedizinischer Abteilungen, massive Tarifflicht und sinkende Qualität der Versorgung sind Folgen. In dieser prekären Situation haben Kaufinteressen privater, gewinnorientierter Klinikketten zunehmend Erfolg. DIE LINKE fordert: Wiedereinführung der antragsbezogenen Einzelförderung; wohnortnahe bedarfsorientierte Krankenhausplanung und -finanzierung. Krankenhäuser und Polikliniken als Bestandteil der Daseinsvorsorge gehören in öffentliche Hand. *Inge Hoeger*



Inge Höger und Kathrin Vogler vor dem Herz- und Diabeteszentrum in Bad Oeynhausen im Rahmen der Sommerinformationsaktion mit dem Gesundheitsmobil

Nur noch 10,5 Prozent Krankenkassenbeitrag

Fünf Prozentpunkte weniger als heute - und das ohne Zusatzbeiträge, Praxisgebühren und Zahlungen - das verspricht das Konzept der LINKEN für eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung.

Wie das gehen soll? DIE LINKE will als einzige der im Bundestag vertretenen

Parteien die Private Krankenvollversicherung und damit das System der Zwei-Klassen Medizin abschaffen. Alle wären ab Geburt gesetzlich abgesichert. Die Beiträge würden sich dann nach dem jeweiligen Einkommen bemessen. Die Einkommensmillionärin würde also ebenso 10,5 Prozent ihres Einkommens einzahlen wie der Rent-

ner. Wichtig ist dabei, dass nicht nur die Einkommen aus abhängiger Beschäftigung herangezogen werden, sondern alle Einkommen, also auch Mieten, Kapitalerträge oder Honorare. Damit könnten die Beiträge für 60 Prozent der Versicherten deutlich sinken, die Menschen hätten mehr Netto vom Brutto. Die Arbeitgeber würden wieder paritätisch an den Krankenkassenbeiträgen beteiligt. Durch generell sinkende Beiträge würden aber gerade auch Unternehmen in arbeitsinten-

siven Bereichen entlastet, dadurch entstehen Spielräume für mehr Beschäftigung. Das ist das Ergebnis einer Studie, die DIE LINKE im Bundestag in Auftrag gegeben hat. Kurzfristig erwartet DIE LINKE durch diesen Kaufkraftschub bis zu 950.000 neue Stellen, dauerhaft könnten eine halbe Million Jobs neu entstehen. Auch in der Pflegeversicherung würde dieses Konzept für Beitragsstabilität und bessere Leistungen für Pflegebedürftige sorgen. *Kathrin Vogler*



Zeit, auf die Strasse zu gehen!

Afghanistan spielte in der letzten Augustwoche keine große Rolle in den deutschen Medien.

»Keine besonderen Vorkommnisse«, könnte man sagen. Zwischen dem 22. und dem 28. August 2011 wurden die ISAF-Truppen über 550 mal angegriffen, hinzu kamen fast 160 Sprengstoffanschläge. In über 450 Fällen haben die ISAF-Soldaten selbst das Feuer eröffnet. Insgesamt sind dabei zehn ISAF-Soldaten getötet und über 130 verletzt worden.

Einen Monat zuvor waren im selben Zeitraum bei über 400 Schusswechseln und 150 Sprengstoffanschlägen 17 ISAF-Soldaten ums Leben gekommen und fast 150 verletzt worden. Insgesamt starben bislang 45 Soldaten der Bundeswehr im ISAF-Einsatz, drei von ihnen durch Suizid.

Alleine 2010 litten über 550 Bundeswehrsoldaten nach ihrem Einsatz in Afghanistan an Posttraumatischen Belastungsstörungen und 313 an anderen psychischen Erkrankungen. Das sind Zahlen aus einem Land, in dem das schlagkräftigste Militärbündnis der Welt seit zehn Jahren mit immer mehr Soldaten versucht, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Über die Zahlen der getöteten Zivilisten und so genannter »Opposing Militant Forces« gibt es ebenso keine genauen Zahlen, wie über getötete und verwundete »Afghanische Sicherheitskräfte«, die bei den ISAF-Einsätzen meist an vorderster Front eingesetzt werden.

Es wäre für die Bundesregierung jetzt an der Zeit, einzugestehen, dass die NATO auf ganzer Linie versagt hat und die Strategie

militärischer Eskalation sich als völlig ungeeignet erwiesen hat. Es wäre an der Zeit, die Konsequenzen zu ziehen, die Truppen sofort abzuziehen und sich dann auf die Unterstützung von Verhandlungen über einen Waffenstillstand, auf die Stärkung der kriegsmüden Zivilgesellschaft und auf den zivilen Wiederaufbau zu konzentrieren.

Nichts davon tut die Bundesregierung. Außenminister Westerwelle vertritt einen so genannten Abzugsplan voller »vielleichts« und Hintertüren, der zudem auf unbestimmte Zeit zumindest die Präsenz deutscher Militärausbilder in Afghanistan vorsieht. Und Verteidigungsminister de Maizière besaß am 7. September – fast auf den Tag genau zwei Jahre nach dem verheerenden Bombenangriff von Kundus – die Chuzpe, sich vor den Bundestag zu stellen und am Rande seiner Erklärungen zum weiteren Umbau der Bundeswehr in eine Einsatzarmee anzumerken, Afghanistan könne »Vorbild für künftige Einsätze sein«.

Die Bevölkerung in Deutschland ist längst weiter: In Umfragen zeigt sich seit Jahren eine stabile Zweidrittelmehrheit gegen die Weiterführung des Krieges in Afghanistan. Die anstehende Petersberg-II-Konferenz zum weiteren Vorgehen in Afghanistan und die Gegenkonferenz der LINKEN und der Friedensbewegung sind der richtige Zeitpunkt, diese Unzufriedenheit auf die Straße zu bringen und zu demonstrieren: Die deutsche Öffentlichkeit ist nicht bereit, den Krieg in Afghanistan länger hinzunehmen. *Sevim Dagdelen, Paul Schäfer*

Afghanistan

Sie reden vom Frieden. Sie führen Krieg.

Im Juli 2011 verließen 650 Soldaten von den zusätzlichen 30.000, die Präsident Obama Ende 2009 in Afghanistan stationierte, wieder das Land. Schon lange wird in den Medien, in Ankündigungen von Politikern beider Seiten des Atlantiks über »den Abzug der Truppen« schwadroniert – bis 2014 sollen sie abgezogen sein. Die tägliche Realität ist eine andere, nämlich Tod und Zerstörung.

Nach Aussagen der UN verstarben im ersten Halbjahr 2011 mit ca. 1500 mehr Zivilisten in Afghanistan, als in den Vorjahren seit 2001. Individuelle Terroranschläge, die Ausweitungen der Kriegshandlungen und der Einsatz von bewaffneten Drohnen führten zu diesen erschreckenden Zahlen. Grund für den teilweisen Abzug ist nicht etwa eine Abkehr vom Krieg sondern das gigantische Finanzdefizit in den Haushalten aller kriegsführenden NATO-Län-

der, die gescheiterte Kriegsstrategie der NATO und besonders die Kriegsmüdigkeit und die Kriegsablehnung der Bevölkerung in allen NATO-Ländern. Zu diesem Nein der Bevölkerung hat die Friedensbewegung durch ihre stete Aufklärungsarbeit über den Charakter des Krieges beigetragen.

Abzugsoptionen sind nicht gleichbedeutend mit Frieden. Die derzeit diskutierten Abzugsoptionen bedeuten eine Verlagerung der Strategie hin zu einem vermehrten Einsatz von bewaffneten Drohnen, die immer Unschuldige treffen.

Opfer finden sich im Wesentlichen in der Zivilbevölkerung. Ziel der NATO ist die Intensivierung der zivilen – militärischen Zusammenarbeit. Diese »Zusammenarbeit« zeichnet sich dadurch aus, dass durch den Einsatz vermehrter ziviler Kräfte und Ressourcen, die Herzen und Köpfe der Bevölkerung gewonnen werden sollen. Feindliche Kräfte

sollen effektiver isoliert und liquidiert werden. Die afghanische Armee soll mit dauerhaft stationierten US/NATO-Ausbildern allein kriegstauglich gemacht werden, um sie effektiv gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen. Auch die intensive paramilitärische Ausbildung der Polizei dient diesem Ziel. Nicht zur Korruptionsbekämpfung der Warlords sondern zur Aufstandsbekämpfung wird »diese Armee der Armen« gedrillt. Selbst bei einer Abzugsstrategie bis 2014 wird der Krieg noch drei Jahre weiter geführt. Drei Jahre weiter tägliches Töten, Sterben von Frauen und Kindern, Zerstörung und gigantische Ressourcenverschwendung. Insgesamt wurden dann in Afghanistan 35 Jahre Krieg geführt. Viele der Kriege einschließlich des Vietnamkrieges aber auch des 2. Weltkrieges hatten den größten Blutzoll an Menschen und Zerstörung erst in den letzten Jahren.

Dies ist auch für Afghanistan keine unrealistische Perspektive, geht es doch allen Seiten um die Positionierung für die Phase nach dem Krieg, um Einfluss, Hegemonie und Macht. Bei allen Planungen geht es der NATO und besonders dem USA niemals um einen Gesamtabzug aller Truppen, um eine Beendigung der Intervention. Drei große Stützpunkte werden jetzt schon zu umfassenden Stationierungs- »städten« ausgebaut. Dies gilt besonders für Bagram. Für die nächsten Jahre bis 2014 sind jeweils 200 Millionen Dollar allein für die Erschließung dieser Stützpunkte in den Haushaltsplanungen der USA vorgesehen. Es bleibt dabei: ohne Beendigung der Intervention, keine Friedensperspektive. Viele Gründe am 3. 12. in Bonn für den Frieden in Afghanistan zu demonstrieren und sich an den Aktionen gegen die Kriegstreiber zu beteiligen! *Reiner Braun, Geschäftsführer der IALANA*

Nicht einmal Entschädigung

Bundesregierung will zivile Opfer ihres Krieges mit lächerlichen Summen abspesen. Kunduz-Opfer fordern Entschädigung.



Ist ein Bundeswehrsoldat wirklich 43 Mal mehr wert als ein afghanischer Jugendlicher? In den Augen der Bundesregierung offenbar schon. Sie will Soldaten, die aufgrund einer Kriegsverletzung dauerhaft dienstunfähig sind, künftig 150.000 Euro zahlen. Unschuldige afghanische Opfer der deutschen Kriegführung hingegen sollen mit 5000 Dollar (ca. 3.500 Euro) abgespeist werden.

139 Tote hatte der Angriffsbefehl des deutschen Oberst Georg Klein am 4. September 2009 gekostet. Taliban hatten zuvor zwei Tanklaster gestohlen, die im Bett des Kunduz-Flusses feststeckten. Die Bevölkerung der umliegenden Dörfer zapfte Benzin aus den Fahrzeugen – teils auf Befehl

der Taliban, teils wohl auch zum eigenen Gebrauch. Die Situation war »stabil«, eine akute Gefahr für die Bundeswehr bestand nicht.

Dennoch befahl Klein die Bombardierung des Schauplatzes. Den US-Piloten, die den Angriff durchführten, lag er vor, es bestehe unmittelbare Feindberührung.

Sie wollten das erst nicht glauben (zu Recht), schlugen vor, die Menschenmenge durch Tiefflüge von den Fahrzeugen zu vertreiben, fragten mehrfach nach – Klein bekräftigte seinen Befehl. Die meisten Toten waren Jugendliche und Kinder. Selbst die Bundesregierung räumte im Dezember 2009 ein, der Angriff sei »militärisch nicht angemessen« gewesen.

Legitime militärische Ziele in einem Krieg können bewaffnete Gruppierungen und strategische Infrastrukturen sein. Menschen, die sich um festgefahrene LKW versammeln, nicht. Im Zweifelsfall muss, vor allem, wenn keine akute Gefechtssituation gegeben ist, eben genauer hingesehen werden – genau das hatten die US-Piloten vorgeschlagen und Klein abgelehnt. Mit dem Angriff hat er gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen und gehört vor Gericht. Statt dessen wurde er befördert, und die Bundesanwaltschaft verweigert kritischen Anwälten die komplette Akteneinsicht (von militärischen Geheimnissen ist die Rede). Die Opfer sollten 5000 Dollar als humanitäre Geste erhalten. Das Geld kam häufig

nicht an, und gerade Frauen, deren Männer und Söhne getötet wurden, sind in einer extremen Notlage.

Anwälte haben nun vor dem Landgericht Bonn im Namen von 456 Hinterbliebenen eine Entschädigungsklage eingereicht. Sie fordern 33.000 Dollar pro Opfer. Das ist rund ein Sechstel dessen, was der Regierung schwer verletzte deutsche Soldaten wert sind. Aus ihrer Sicht also viel zu viel. Das zeigt auch: Es geht nicht um Oberst Klein. Der war nur der Exekutor einer Politik, deren Menschenverachtung in Afghanistan jeden Tag zum Ausdruck kommt. Auch deshalb fordert DIE LINKE den sofortigen Abzug der Bundeswehr. *Ulla Jelpke*

SIE REDEN VOM FRIEDEN. SIE FÜHREN KRIEG.

TRUPPEN
RAUS
AUS AFGHANISTAN!

SA 3.12. DEMONSTRATION Auftakt 11:30 Kaiserplatz Bonn
SO 4.12. ALTERNATIVKONFERENZ
MO 5.12. PROTESTAKTIONEN

PROTESTE GEGEN „PETERSBERG II“
BONN 03.–05.12.2011



Infotelefon: 0228/69 29 04 | www.afghanistanprotest.de

Die Proteste im Überblick

Samstag, 3. 12. 2011
Bundesweite Demonstration

Auftaktkundgebung um 11.30 Uhr
am Bonner Kaiserplatz (Nähe Hauptbahnhof)

Demonstration durch die Bonner Innenstadt

Schlusskundgebung ab 14 Uhr Kaiserplatz
mit Beiträgen aus der Internationalen
Friedensbewegung

Sonntag, 4.12.2011
Internationale Antikriegskonferenz

Tag der Visionen, Analysen, Diskussionen, Alternativen. Für ein freies, selbstbestimmtes Afghanistan: Anspruch und Wirklichkeit. Mit dem Netzwerk »No to War – No to NATO« und der Unterstützung der Rosa Luxemburg Stiftung

Montag, 5.12.2011
Phantasievolle Begleitaktionen zur
Regierungskonferenz »Petersberg II«

Ab 8 Uhr in Königswinter und am gegenüberliegenden
Rheinufer in Bonn-Mehlem (zur Eröffnung am Peters-
berg)

Ab 11.55 Uhr am Konferenzort »Alter Bundestag«
U.a. geplant sind Großtransparente und Lichterketten
am Rheinufer, Mahnwachen an der Zufahrt zum Peters-
berg, und ein Protestschiff am Rheinufer Königswinter.

Um 11 Uhr tragen wir den Protest mit einer Schiffs-
demo zum Konferenzort »Alter Bundestag«.

Um fünf vor 12 Uhr beginnen dort weitere Protest-
aktionen mit einer Antikriegskundgebung.

Mehr Informationen
www.afghanistanprotest.de

SPANNEND LANGWEILIG

Eine persönliche Nachbetrachtung des Landesparteitages



Es schien ein spannendes Wochenende zu werden. Und es wurde ein spannendes Wochenende. Was es nicht wurde – chaotisch. Es gab keinen Schlagabtausch um die »Macht« im Landesverband, es gab keinen Schlagabtausch zwischen »Parlamentarier/innen« und »Nichtparlamentarier/innen«. Diejenigen, die auf eine Neuwahl des Landesvorstandes schon in diesem Jahr spekulierten, sahen sich enttäuscht (nennt man sie jetzt eigentlich Spekulanten und sind sie für eine Partei genauso gefährlich wie für eine Wirtschaft?). Alle Beteiligten waren sich letztlich ihrer politischen Verantwortung für das Erscheinungsbild des Landesverbandes bewusst und der aktive Teil des Landesvorstandes hat aus dem letzten Landesrat gelernt. Die Bestätigung des neuen Leitantes ohne eine Gegenstimme machte die politische Handlungsfähigkeit des Landesparteitages deutlich. Sein Zustandekommen demonstrierte einen Lernprozess aller Beteiligten, der von Verantwortungsbewusstsein getragen war und sicher als Beispiel für die konstruktive Entschärfung eines Konfliktes dienen kann. Lagerbildung bringt die Partei nicht voran. Auch nicht die ständige Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Eine große Mehrheit unserer Mitglieder muss sich in diesem Antrag wiederfinden und sich an dessen Umsetzung beteiligen. Beschlossen wurden mit dem Leitantrag zahlreiche Arbeits- und Gestaltungsaufgaben, vor allem gerichtet an den Landesvorstand. Ohne die Kreisverbände wird dies aber nicht möglich sein.
Michael Kretschmer

Rechtspopulismus stoppen!

Konsequent für soziale Gerechtigkeit!

Seit Frühjahr letzten Jahres erleben wir eine neue Welle von Rassismus. Begonnen hat es unter dem Motto »Die Griechen wollen, daß wir ihre Luxusrenten bezahlen.« Kampagnen dieser Art kennt man vor allem aus den 90ern.

Neu entfacht wurde sie als viele gegen Hartz IV 2004 auf die Straße gingen. In dieselbe Kerbe schlug Thilo Sarrazin (SPD) als er gegen Arme und besonders Migranten und unter ihnen insbesondere Muslime hetzte. Der italienische Philosoph Domenico Losurdo bezeichnet diesen sozialen Rassismus von denen oben gegen die unten als vertikalen Rassismus, der den Kapitalismus seit seinen Anfängen begleitet. Die soziale Spaltung der Gesellschaft soll als von Natur gegeben akzeptiert werden: Wer Arbeiter, Arbeitsloser, Armer oder Kranker ist – ist minderwertig. Es geht aber vor allem darum, den Widerstand der Beschäftigten zu schwächen. Daher ist es kein Zufall, dass gerade in der Krise ein zunehmend aggressiver Rechtspopulismus auf dem Vormarsch ist. Denn um Bankenrettungen und Sozialabbau zu legitimieren,

versucht die herrschende Politik alles, um von der Verteilungsfrage abzulenken. DIE LINKE trägt in dieser Situation eine große Verantwortung. Sie muss über die wahren Konfliktlinien in unserer Gesellschaft aufklären, die nicht zwischen Deut-

schen und Migranten oder zwischen denen, die Arbeit haben, und denen, die keine Arbeit haben, verlaufen. DIE LINKE muss mit konsequenter und populärer antikapitalistischer Politik die berechnete Wut und Empörung der Menschen ange-

sichts der Ungerechtigkeiten aufgreifen, um sie nicht der Propaganda der Sarrazins, Broders und Wilders zu überlassen. LINKE Antwort auf Rechtspopulismus ist der Kampf um ein gutes Leben für Alle!
Sevim Dagdelen

Fakten-Check! Broschüre zum Thema bestellen



Linke Argumente gegen rechte Hetze

Thilo Sarrazins Rassismus und die Krise



Fakten statt Pseudo-Wissenschaft!?

Thilo Sarrazin hat zweifelnd ein Tabu gebrochen. Er hetzt nun nicht mehr nur gegen Arbeitslose, sondern auch gegen Muslime und Migranten. Sein Ziel ist die Spaltung der Gesellschaft. Von den Massenmedien wird er derweil als Volkstribun gefeiert, der sich »endlich traut die Wahrheit« zu sagen.

»Thilo Sarrazin provoziert. Aber eigentlich hat er doch recht.« Wirklich?

Warum Sarrazin mit seinen pseudo-wissenschaftlichen Thesen unrecht hat und er es trotzdem schafft, dieses subjektive Gefühl zu erzeugen, erfahren Sie in der Broschüre »Linke Argumente gegen rechte Hetze« der Partei DIE LINKE.

Online lesen oder als PDF-Download auf www.linke-argumente-gegen-rechte-hetze.de.

»Neue Familienporträts« von Verena Jaekel



In ihrer Serie »Neue Familienporträts« setzt die Fotografin Verena Jaekel Familien ganz bürgerlich-traditionell in Szene. Erst auf dem zweiten Blick fällt auf, dass hier schwule, lesbische und queere Partner_innenschaften mit Kindern, sogenannte »Regenbogenfamilien«, zu sehen sind. Verena Jaekel konfrontiert mit Sehgewohnheiten, stellt den Familienbegriff in Frage und zeigt (endlich!), was lang schon Realität ist: Immer mehr Lesben und Schwule realisieren ihren Kinderwunsch und fordern Respekt für ihre Entscheidung. Für die Serie »Schwestern im Westen«

hat Verena Jaekel junge Musliminnen porträtiert, wertschätzend und ganz anders, als sie sonst, auf SPIEGEL-Covern oder andernorts anonym und zum Klischee gemacht, zu sehen sind. Unter die Haut geht die Serie »geduldet«. Sie zeigt Jugendliche in wenig heimeligem Umfeld, mit ernstem Blick und sehr erwachsen. Sie sind Flüchtlinge – mit Status »geduldet« – und stets von Neuem von Abschiebung bedroht. Zu sehen sind die Bilder auf www.verenajaekel.com. Dort gibt es auch Infos zu ihren aktuellen Ausstellungen.
Melanie Stitz



So als wäre nichts gewesen, soll im November wieder hochradioaktiver Müll nach Gorleben gebracht werden. Hunderttausende Menschen haben in den letzten Jahren ihr nein! zu Atomkraft an vielen Orten öffentlich sichtbar gemacht. Der Multi-GAU in Fukushima hat vielen erneut vor Augen geführt, dass Atomkraft nicht beherrschbar ist. Die Bundesregierung hat den Atomausstieg bis 2022 im Konsens mit SPD und Grünen beschlossen. Auch wenn die-

ser »Ausstieg« einmal mehr nur halbherzig ist, auch wenn er mit den üblichen Zugeständnissen an die Stromkonzerne verbunden ist, auch wenn er statt auf Atom- auf die klimazerstörenden Kohlekraftwerke setzt – so ist er doch vor allem das Ergebnis von vierzig Jahren Massenprotesten. DIE LINKE. NRW hat diese Proteste, auch die angeblich radikaleren wie »Castor? Schottern!« immer unterstützt und wird es auch

weiterhin tun. Wir sind aber noch lange nicht fertig und noch lange nicht zufrieden. Wir warten nicht auf die nächste Kommission, sondern wir werden weiter für die sofortige Stilllegung aller

Atomanlagen kämpfen und versuchen, ganz andere (Energie-)Verhältnisse durchzusetzen. SPD und Teile der Grünen haben sich seit Jahren von der Anti-AKW-Bewegung entfernt. Nun betreiben sie Mythenbildung und feiern sich als Speerspitze der Bewegung. In NRW könnten SPD und Grüne beweisen, wie ernst es ihnen mit dem Atomausstieg ist. Doch die Atomanlagen in Ahaus, Gronau und Duisburg bleiben unangetastet, die

Urananreicherungsanlage in Gronau wird weiter ausgebaut. Ausstieg sieht anders aus! DIE LINKE. NRW fordert die Landesregierung auf, die bestehenden Möglichkeiten auf Landesebene zu nutzen und anstehenden Transporten des Castors im November die Durchfahrt durch NRW zu erschweren, aufzuschieben oder zu verunmöglichen, keine PolizistInnen aus NRW ins Wendland zu schicken und sich an den Protesten und Blockaden zu beteiligen.
Hubertus Zdebel

Versprochen? Gebrochen!

SPD und Grüne lassen die Kinder zurück!

Im Juli wurde im Landtag NRW das 1. KiBiz-Änderungsgesetz beschlossen. Damit sollten die größten Mängel des durch CDU und FDP verbrochenen Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) behoben werden. Doch das ist nicht gelungen. Drei Baustellen zeigen die miserable Lage:

1. Das von schwarzgelb eingeführte Finanzierungssystem über Kindpauschalen muss abgeschafft werden und die tatsächlichen Kosten der Einrichtung finanziert werden. Mit den Kindpauschalen werden die Kitas zum Sparen beim Personal gezwungen, es kommt zu unsicheren Arbeitsverhältnissen, hohem Krankenstand und häufigem Personalwechsel. Die Landesregierung hält weiter an dieser Mangelfinanzierung fest. Nur DIE LINKE hat zusammen mit den Sachverständigen aus den Trägerverbänden und Gewerkschaften die Rücknahme der Kindpauschalen gefordert.
2. Kita-Plätze müssen massiv ausgebaut werden. Mindestens 90.000 Kita-Plätze fehlen in NRW zur Erfüllung

des ab 2013 geltenden Rechtsanspruchs für Kinder unter 3. ExpertInnen gehen sogar davon aus, dass in vielen Städten weit mehr Plätze benötigt werden. Die Bundesmittel für den Kita-Ausbau 2011 sind verbraucht, und die im Haushalt veranschlagten Landesmittel reichen von vorne bis hinten nicht. Die Landesregierung täuscht über eine riesige Finanzierungslücke hinweg. Nur DIE LINKE fordert eine Ausbaufinanzierung, die zumindest den Rechtsanspruch abdecken würde.

3. Kitas müssen Bildungseinrichtungen genauso wie Schulen kostenlos sein. Der wichtigste Schritt wäre gewesen, für Gerechtigkeit bei den Gebühren zu sorgen. Denn in reichen Städten zahlen die Eltern wenig, in armen Kommunen aber sehr hohe Beiträge. Nun wird bekannt, dass einige Städte in NRW zusätzlich hohe Gebühren für Geschwisterkinder einführen wollen. Die SPD brüstet sich damit, ihr Wahlversprechen eingehalten zu haben, indem sie gegen die Grünen

WAHLBETRUG!

Dieses Kind hat in NRW kaum Chancen auf einen Kita-Platz, auf längeres gemeinsames Lernen oder individuelle Förderung. Seine Lebensperspektive hängt fast ausschließlich vom Status und Geldbeutel seiner Eltern ab.



durchgesetzt haben, das letzte Kitajahr beitragsfrei zu stellen. Doch nicht nur, dass das dafür bereit gestellte Geld an anderen Stellen fehlt. Aktuelle Berichte zeigen, dass das Geld, das vom Land für das beitragsfreie Kitajahr an die Kommunen fließt, bei vielen Familien mit mehr als einem Kind durch hohe Geschwistergebühren gar nicht

ankommt. Nur DIE LINKE hat sich für eine landeseinheitliche Gebührensatzung und einen klaren Fahrplan für die Gebührenfreiheit eingesetzt. Solange die Versorgung mit bezahlbaren Plätzen in ordentlich ausgestatteten Kitas in NRW weiterhin nicht im Ansatz gewährleistet wird, kann von einem Recht auf Bildung und Chancengleichheit keine

Rede sein. »Wir lassen kein Kind zurück«, hatte die SPD vor der Wahl gelobt. Versprochen? Gebrochen! *Marc Mulia, bildungspolitischer Sprecher im Landesvorstand der LINKEN. NRW und Lehrer/Irina Neszeri, leitet den Bereich Kommunikation bei der LINKEN. NRW und hat zwei gebührenpflichtige Kita-Kinder.*



Erfolg gegen Lohndrücker

Leiharbeitsfirma muss an Bochumer 13.000 Euro Gehalt nachzahlen

Teuer könnte ein Urteil des Dortmunder Arbeitsgerichts für Arbeitsverleiher werden. Das Gericht verdonnerte eine Leiharbeitsfirma zur Nachzahlung von über 13.000 Euro. Diese hatte nach einem Dumping-Tarif bezahlt.

»JOBPOWER mit Sicherheit ein guter Arbeitsplatz«, verspricht das in Dortmund, Essen und Münster vertretene Unternehmen im Internet. Das kann Stefan Gundlach aus Bochum nicht bestätigen. Er schuftete von 2006 bis 2008 bei JOBPOWER. Stundenlohn: 6,90 Euro. Ortsüblich waren 12,52 Euro. Eigentlich schreibt das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz gleichen Lohn für Stamm- und Leihkräfte vor. Real ist ein Hintertürchen im Gesetz ein Scheunentor: »Ein Tarifvertrag kann schlechtere Regelungen für Leiharbeiter vorsehen«, erläutert Gundlachs Anwältin Heike Schneppendahl. Sie ist wie Gundlach in der LINKEN aktiv. Für Billigtarife reichen oft »Christliche Gewerkschaften« die Hand. Hier war es die »Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personal-Service-Agenturen« (CGZP). Das Nachsehen hatten bisher Leiharbeiter wie Gundlach. Das könnte sich ändern. Aufhänger für Gundlachs Klage war ein Urteil, das die Berliner Landesregierung auf Druck der Berliner LINKEN erstritt. Das Bundesarbeitsgericht stellte im Dezember 2010 fest, dass die CGZP keine Tarifverträge abschließen darf. Wie der Prozess ans Licht brachte, vertrat die Mini-Gewerkschaft 2008 bundesweit ganze 1.383 Leiharbeitskräfte - von 760.604. »Da der CGZP-Tarif nichtig war gilt: Gleiches Geld für Leiharbeiter«, erläutert Schneppendahl. Diese Auffassung teilte das Arbeitsgericht und verdonnerte JOBPOWER zur Zahlung. »Das Gericht hat erstmalig festgestellt, dass Betroffene ab der Feststellung der Tarifunfähigkeit der CGZP noch für drei Jahre Lohn nachfordern können«, erläutert Schneppendahl. Sie rechnet aber mit einer Berufung. Neben Lohnnachzahlungen drohen Firmen mit CGZP-Tarif Nachforderungen der Sozialkassen. Gundlach will kein Einzelkämpfer bleiben und meint: »Viele Betroffene sollten klagen. Leute für halben Lohn malochen lassen - das geht gar nicht«. Nun könnte eine Prozesslawine folgen. Eine weitere Klage eines Bochumer Leiharbeiters gegen JOBPOWER steht an. Es geht um über 30.000 Euro Lohn. *Niels Holger Schmidt*

An das
Arbeitsgericht Dortmund
Ruhrallee 3
44139 Dortmund

Gundlach / JOBPOWER

NRW-Sparhaushalt mit Stellenabbau: Nicht mit uns!

NRW-Sparpolitik

Die NRW-Landesregierung, SPD und Grüne wollen offensichtlich für 2012 einen Sparhaushalt mit Personalabbau vorlegen.

Anfang August hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) angekündigt, dass ein vom Kabinett eingesetztes »Effizienzteam« nach Chancen für Einsparungen im Landeshaushalt fahnden soll; so prüft das »Effizienzteam« unter anderem, von welchen Aufgaben sich das Land trennen kann.

Jetzt wird deutlich, was bei SPD und Grünen darunter zu verstehen ist: Offensichtlich planen sie für den Landeshaushalt 2012 trotz zunehmender Arbeitsverdich-

tung bei den Beschäftigten Einschnitte beim Landespersonal.

»Stellenabbau ist kein Tabu«, betont SPD-Fraktionsvize Hans-Willi Körfges. Neuerdings bekennt sich Finanzminister Walter-Borjans ausdrücklich zur Einhaltung der neoliberalen »Schuldenbremse«. Sie dient ihm als Vorwand, um politisch nicht mehrheitsfähige Sozialkürzungen und Stellenabbau zu rechtfertigen.

Diese Ansagen lassen Erinnerungen aufkommen an das Scheinsondierungsgespräch

am 20.5.2010 kurz nach der Landtagswahl: SPD und Grüne hatten beharrlich unsere Bereitschaft eingefordert, bis zu 8.700 Stellen im Landesdienst zu streichen, obwohl sie selbst noch im Wahlkampf den deutlichen Ausbau versprochen hatten.

Damals wie heute ist klar: DIE LINKE. NRW wird sämtliche Vorschläge der Minderheitsregierung ablehnen, die Privatisierungen, Personal- oder Sozialabbau bedeuten. Schon jetzt ist die Arbeitsbelastung aufgrund von nicht wiederbesetzten Stellen z.B.



beim Landesbetrieb Straßen erheblich angestiegen. Außerdem ist die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger

Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, vor allem im Bildungsbereich; zwingend notwendig. *Hubertus Zdebel*

JA

- Ich möchte mehr Infos.
 Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
 Ich möchte Mitglied werden.

Deine Angaben werden in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt. Mit Deiner Unterschrift erklärst Du dazu dein Einverständnis.

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. NRW
Kortumstr. 106-108, 44787 Bochum
Tel.: 0234/417 479 14
Fax: 0234/417 479 20
lgs@dielinke-nrw.de
www.dielinke-nrw.de
V.i.S.d.P.: Katharina Schwabedissen
Gestaltung: Mediendepot Ruhr,
Duisburg
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck
GmbH, Berlin

Name, Vorname

Telefon/Mobil

Unterschrift

Straße, Hausnummer

E-Mail-Adresse

Bitte ausgefüllt senden an:
DIE LINKE. NRW
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf

PLZ, Ort

Geburtsdatum